

Ab 8. November!

6. Stufe der europaweiten Kampagne von AK und ÖGB

Die Finanzindustrie darf nicht die Spielregeln bestimmen!

Treten wir wieder mit den EntscheidungsträgerInnen in direkten Kontakt! Seit Jahren bemühen sich AK und ÖGB im Rahmen der Koalition Europeans For Financial Reform – einem Zusammenschluss aus Gewerkschaften, NGOs und politischen Parteien – um eine nachhaltige Regulierung der Finanzmärkte in der Europäischen Union.

Valentin Wedl und Jakob Luger

Nicht zuletzt auf Drängen des Bündnisses und vieler unterstützender BürgerInnen hat die Europäische Kommission 2011 ihren Vorschlag für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) ausgearbeitet.

Anfang 2013 haben sich schließlich elf Länder der EU dazu entschlossen, die Finanztransaktionssteuer im Rahmen einer so genannten Verstärkten Zusammenarbeit umzusetzen. Es handelt sich um Deutschland, Frankreich, Österreich, Spanien, Italien, Griechenland, Portugal, Slowenien, die Slowakei, Belgien und Estland (siehe zu den näheren Inhalten den

Beitrag von Martin Saringer im infobrief 2/2013, S. 6ff).

In den letzten Wochen haben sich aber die Angriffe Großbritanniens beziehungsweise das Lobbying der Finanzindustrie gegen die Verstärkte Zusammenarbeit intensiviert. Sogar der Juristische Dienst des Rates hat vor kurzem ein tendenziöses, wenngleich nicht bindendes Rechtsgutachten erstellt, wonach der Kommissionsvorschlag gegen EU-Recht verstoße. Daher steht zu befürchten, dass es am Ende des Tages nur mehr eine verwässerte Version einer FTS geben wird. Man-

che Mitgliedstaaten drängen etwa auf die Herausnahme der Pensionsfonds, andere wieder der Derivate oder auch der Staatsanleihen aus dem Anwendungsbereich. Mit diesem Ergebnis würde die Richtlinie weder ihren fiskalischen, noch ihren Lenkungs-, geschweige denn ihren verteilungspolitischen Gerechtigkeitseffekt aufweisen. Stoppen wir die Verwässerung der FTS und erinnern wir die EntscheidungsträgerInnen an Ihre Versprechen!

Die Verhandlungen laufen weiter und wir sind dabei ■ Am 15. November werden sich die FinanzministerInnen der Mitgliedstaaten im ECOFIN-Rat nach längerer Abstinenz wieder zum Vorhaben einer Finanztransaktionssteuer äußern. Aus diesem Anlass wird eine Woche davor, ab 8. November, das mehrsprachige Kampagnentool von AK und ÖGB auf der Website www.financialtransactiontax.eu wieder in Stellung gebracht. Wie schon in den bisherigen Phasen der Kampagne gibt es dann wieder die Möglichkeit, sowohl die FinanzministerInnen als auch die Staats- und RegierungschefInnen der 11 Mitgliedstaaten direkt zu kontaktieren und sie zum unverzüglichen Handeln aufzufordern!

Auch nach dem 15. November wird die Website für alle Interessierten aktiv bleiben.

Valentin Wedl ■ AK Wien,
valentin.wedl@akwien.at

Jakob Luger ■ AK EUROPA,
jakob.luger@akeuropa.eu



Unterstützen!

Ab 8. November: Unterstütze die Petition auf unserer neuen EU-FTS-Website www.financialtransactiontax.eu

Treten wir den Attacken der Finanzbranche und Großbritanniens gegen eine dringend notwendige Regulierung des Finanzsektors gemeinsam kompromisslos entgegen. Dafür brauchen wir dich! Gemeinsam wollen wir die Staats- und Regierungschefs sowie die FinanzministerInnen der 11 Mitgliedstaaten daran erinnern, ihr Wort einzuhalten.

Die Finanztransaktionssteuer muss bis 2014 eingeführt werden!